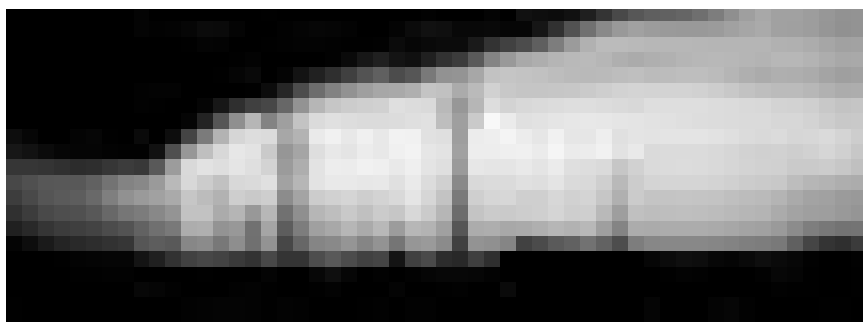


AKTUELL

FOTO : FLETCHER / ADAM COHN



UMWELTGIFTE

Kein politischer Wille

Christiane Walerich

Umweltkrankheiten werden nach wie vor sträflich vernachlässigt. Und zwar nicht nur von behandelnden Ärzten und der Krankenkasse, sondern auch in der Politik.

„In den letzten dreißig Jahren haben chronische Zivilisationskrankheiten massiv zugenommen“, stellte Jean Huss, Präsident von Akut, letzte Woche anlässlich einer Pressekonferenz fest - jener asbl, die über chronische Belastungen informiert, welche durch Wohn- und Umweltgifte sowie elektromagnetische Felder entstehen können.

Der Anstieg sei nicht nur bei Atemwegserkrankungen wie chronischer Bronchitis oder Asthma zu verzeichnen. Auch die Zahl der Allergiker und der Diabetiker wachse dramatisch, ebenso die der von Krebsleidenden Betroffenen. „Wissenschaftlich nachweisbar, sind hierfür zunehmend Umweltfaktoren verantwortlich“, so Huss. Aber auch die Empfindlichkeit gegenüber Umweltchemikalien oder Elektromog nehme in der Bevölkerung rapide zu - sie könne zu Erkrankungen wie dem „Chronic Fatigue Syndrom“ oder der sogenannten „Fibromyalgie“ führen, einer rheumatischen Entzündung des Weichteilgewebes.

„Das sind chronische Erkrankungen, die in Zukunft in unserem Gesundheitssystem einen wesentlichen Kostenfaktor ausmachen werden - wenn die Politik weiterhin die Augen verschließt“, so Huss. Erforderlich sei, endlich eine seriöse Präventionspolitik gegenüber Umweltkrankheiten zu entwickeln - nicht nur im Luxemburg, sondern in allen EU-Ländern. Eine Prävention, die mit Kampagnen gegen Alkohol, Zigaretten und für mehr Bewegung nur auf den individuellen Lebensstil zielt, werde dem Problem nicht gerecht - notwendig sei ein Vorgehen auf Gesetzesebene. Eine Maßnahme in diesem Sinne wäre

zum Beispiel, dass Luxemburg die Chemikalien-Richtlinie Reach nicht ratifiziert. Diese stellte in ihrer ersten Version von 2001 einen akzeptablen Kompromiss dar, wurde jedoch später durch die Lobby-Aktivitäten der Chemischen Industrie komplett verwässert. Ebenso müsste die EU-Richtlinie zu den Inhaltsstoffen von Spielzeug verbessert werden. Die Biozid-Richtlinie werde gegenwärtig im EU-Parlament diskutiert, jedoch sei auch hier nur ein unbefriedigendes Resultat zu erwarten. Denn das finnische Chemie-Institut, welches mit der Überprüfung der Biozid-Richtlinie befasst wurde, habe kaum die Mittel, dieser Aufgabe gerecht zu werden. „Wir brauchen aber gute Pestizid- und Biozid-Richtlinien, damit gefährliche Inhaltsstoffe nicht mehr auf den Markt gelangen“, so Huss.

Eine weitere wichtige Forderung sei, dass die Mediziner in Umweltkrankheiten geschult werden. Die wenigsten Ärzte hätten eine toxikologische, immunologische oder umweltmedizinische Ausbildung aufzuweisen. Daher erlebten viele Patienten das Martyrium des Irrens von einem Arzt zum nächsten - oft genug mit dem Endresultat, nicht als geheilt nach Hause, sondern als hoffnungsloser Fall zum Psychiater geschickt zu werden.

In Luxemburg gebe es gegenwärtig nur drei oder vier Ärzte, die eine umweltmedizinische Behandlung anbieten und bei der Ursachenforschung auch das Umfeld einer Person mit einbeziehen. Viele Patienten müssten deshalb nach wie vor zur Entgiftung eine Umweltklinik im Ausland aufsuchen - auf eigene Kosten, da die Krankenkasse für diese Behandlung nicht aufkommt. „Akut verlangt, dass umweltmedizinische Diagnostik und Therapien endlich vom Contrôle médicale anerkannt und entsprechende Kliniken in Luxemburg eingerichtet werden“, so Huss.

SHORT NEWS

Retour vers les ténèbres ?

Les ministres persistent et signent. Répondant à la question parlementaire du député André Hoffmann concernant quatre ressortissants de la République démocratique du Congo qui se sont vus refuser leur demande de protection internationale (voir woxx 1079), les ministres de la famille et de l'immigration confirment leur décision. Arguant que la situation à Kinshasa (ville d'origine des quatre personnes) « ne peut aucunement être comparée à celle régnant dans la région des Grands Lacs », les ministres et leurs services estiment donc que les quatre n'encourent aucun danger en retournant dans la capitale du pays et ce par le biais d'un retour « volontaire » avec l'assistance de l'Organisation internationale pour les migrations. Pourtant, les meurtres et disparitions d'opposants sont fréquents à Kinshasa. De plus, les ministres relativisent l'engagement en faveur des droits de l'Homme d'un des quatre Congolais, Victor Angata, dont le woxx avait retracé le parcours. Entre-temps, son avocat, Ardavan Fatholahzadeh, vient de déposer un recours contre cette décision. Il continue à estimer qu'Angata peut « raisonnablement craindre un danger dans son chef ». Et de s'interroger : « Pourquoi un haut fonctionnaire avec une bonne situation professionnelle aurait-il quitté son pays si rapidement pour vivre depuis cinq ans dans des foyers pour demandeurs d'asile ? »

CSJ für Zweiklassenmedizin und auch nicht

Eigentlich wäre die Aufhebung der Beitragsgrenze die einfachste Lösung gewesen, um das Defizit der Gesundheitskassen aufzufangen - ohne Beitragserhöhung für die breite Masse der Versicherten. Doch will sich die CSV wohl die Besserverdienenden warm halten für eine weitere Reform. „In der Tat fordern wir, dass die Gesundheitskasse ihren Leistungskatalog auf medizinisch notwendige und evidenzbasierte Leistungen fokussiert, und dass neben dem solidarischen Finanzierungsmodell ein privates Zusatzversicherungssystem etabliert wird, welches alle weiteren Leistungen übernimmt“, heißt es in einem Pressecommuniqué der christlich-sozialen Jugendorganisation. Das würde erlauben die Beitragssätze zur gesetzlichen Versicherung nach unten anzupassen, „während die Beiträge für Zusatzleistungen ihrem gewünschten Ausmaß gemäß steigen würden“. Dass Wunsch und Wirklichkeit, insbesondere bei Geringverdienern, hier auseinander zu driften drohen, das verschweigt die CSJ. Andererseits verwahrt sie sich gegen den Verdacht, eine Zweiklassenmedizin einführen zu wollen, da ihre Vorschläge sich nur auf „medizinisch nicht notwendige Leistungen“ begrenzen sollen. Wobei „die Frage ‚Was ist medizinisch notwendig?‘ fern jeder ideologischen Erwägungen mit Blick auf Kosten und Nutzen des Angebotes gestellt werden“ soll. Ihr lieben Ärzte: Hört lieber nicht auf mit streiken, die Reform der Reform wird noch grausamer.

woxx@home

Leerstelle

Neun Monate lang verstärkte sie die woxx-Crew, jetzt ist sie - vorläufig - wieder in ihre alte Bonner Heimat abgetaucht. Über 60 Beiträge hat Anina Valle Thiele während dieser Zeit verfasst und dabei die ganze Bandbreite vom Interview mit dem Außenminister bis zur Exposé-Rezension abgedeckt. Am Ende war ihr Schreibtisch nicht weniger von Büchern, Zeitungsseiten, Jahresberichten usw. überhäuft, wie der ihrer - vorrangig männlichen - Kollegen. Doch so ganz hatte sie sich dem Luxemburger System noch nicht untergeordnet: Die mangelnde Kommunikationsbereitschaft so mancher Institution blieb ihr ein Rätsel, und die von den Kollegen ins Spiel gebrachte Methode, doch gleich den zuständigen Minister per Handy-Anruf zu einer Stellungnahme zu forcieren, waren ihr auch am Ende noch suspekt. Dem woxx-Team bleibt nur der melancholische Blick auf den inzwischen wieder blitzblank geräumten Schreibtisch. Für die LeserInnen ist der Entzug weniger dramatisch: Als freie Autorin wird „an“ auch weiterhin so manches Thema in der woxx bearbeiten.